

1.1 30/2011 Postulat betreffend Businessplan für das Szenario Fusion

Einleitung

In seinem am 15. April 2011 namens der FDP Fraktion eingereichten Postulat fordert Thomas Bühler den Gemeinderat auf, bei der Projektsteuerung des Projekts Starke Stadtregion Luzern einen Businessplan für das Szenario Fusion einzufordern. Der Postulant führt unter Bezugnahme auf die Vorgaben (z.B. tiefster Steuerfuss) und die Ausführungen zu den finanziellen Auswirkungen einer Fusion im Schlussbericht der Projektsteuerung aus, die Zahlen im Bericht basierten auf den Gemeinderechnungen 2009. Bei vielen Gemeinden stünden in naher Zukunft grosse Investitionen an. Es sei fraglich, ob diese Investitionen auch bei einem Zusammenschluss noch finanzierbar seien oder ob Verzögerungen oder gar eine Steuererhöhung drohe. Ebenso sei unklar, wie lange die „Durststrecke“ dauern könne bis die erhoffte Neuansiedlung von Firmen und Privatpersonen die Ausfälle der Steuererträge kompensiert hätten. Nur ein Businessplan könne aufzeigen, ob die Vorgaben bei einer Fusion auch tatsächlich eintreffen könnten. Gleichzeitig würden konkrete Massnahmen erwartet, wie mit den finanziellen Belastungen umgegangen werde und wie eine nachhaltige Stabilität der Finanzlage zu erreichen sei.

Stellungnahme zum Postulat

Es trifft zu, dass die Abklärungen der Fachgruppen, welche Basis für die Zwischenberichte und den Schlussbericht waren, auf den Zahlen der Rechnungen 2009 basieren. Diese Zahlen waren zu Beginn der Arbeit verfügbar. Den seither eingetretenen Veränderungen muss bei einer neuen Betrachtung selbstverständlich Rechnung getragen werden. Im Rahmen der nächsten Projektphase, bei der es konkret um die Ausarbeitung eines Fusionsvertrages geht, werden die Überlegungen der Postulanten aufgrund der aktuellen Verhältnisse vertieft geprüft. Als Grundlage für den Fusionsvertrag wird ein konsolidierter Finanz- und Aufgabenplan erstellt werden müssen. Dieses Instrument entspricht dem in der Privatwirtschaft verwendeten Begriff des „Businessplan“. Es ist richtig und sinnvoll, diese Arbeit im Rahmen der nächsten Projektphase zu machen, wenn bekannt ist, welche Gemeinden sich für die Weiterführung des Projekts entschieden haben. Die Abklärungstiefe im Rahmen der abgeschlossenen Projektphase liess eine derart detaillierte Arbeit nicht zu.

Schlussfolgerung

Der Gemeinderat beantragt die Überweisung des Postulats.